

# G-5

<b>Titel</b>	Bessere Rahmenbedingungen für Pflegebedürftige und mehr Schutz für Pflegekräfte
<b>AntragstellerInnen</b>	Mannheim
<b>Zur Weiterleitung an</b>	SPD Bundestagsfraktion

---

- 1 Wir fordern:
- 2 Mehr Leistungen für Pflegebedürftige
- 3 Wir fordern eine Gleichbehandlung aller Pflegegrade in Bezug auf Sachleistungsanspruch. Der Begriff der Pflegebedürftigkeit sollte für alle Menschen gelten, die nach einer Pflegebegutachtung mindestens PGI erhalten haben. PG I sollte einen Sachleistungsanspruch in Höhe von 360,- bekommen und einen Geldleistungsanspruch in Höhe von 200 Euro. Außerdem fordern wir einen Anspruch auf Verhinderungspflege ab dem Tag der Einstufung und eine Abschaffung der Vorauspflege für alle PG. Dabei sind die Verluste durch Inflation rückwirkend bis 2015 zu berücksichtigen und bei Anpassung der Sätze aufzufangen.
- 9 Kopplung der Leistungen an die Inflationsrate und Steigerung der Pflegesachpreise ab 2020
- 10 Wir fordern eine Kopplung der Pflegegeldleistungen, Pflegesachleistungen und stationären Leistungen an die Inflationsrate und die Steigerung der Pflegesachpreise ab dem Jahr 2020.
- 12 Reform von Pflegeanträgen/ Intensivierung der Beratungsleistungen
- 13 Wir fordern eine Vereinfachung von Anträgen in der Pflege, d. h. Antrag zur Pflegeeinstufung, bei der Verhinderungs-, und Kurzzeitpflege, antragloser Zuteilung von Pflegehilfsmitteln sowie automatischer Tages- und Nachtpflegeanspruch und ein beschleunigtes Einstufungsverfahren von Pflegegraden innerhalb von 10 bzw. 15 Tagen. Des Weiteren fordern wir eine ausführliche Broschüre des BMG, welche über alle möglichen Leistungen die einem pflegebedürftigen Menschen zustehen informiert und des Weiteren Vordrucke und BLANKO-Anträge enthält. Sie soll mit dem Bescheid der Gradeinstufung an den Pflegebedürftigen versendet werden. Die Gestaltung dieser Broschüre sollte so erfolgen, dass auch blinde Bürger, Analphabeten und Bürger, die einer geistigen Einschränkung unterliegen, diese verstehen und bearbeiten können.
- 21 Schutzmaßnahmen für Pflegekräfte
- 22 Wir fordern die Schaffung eines Rechtsanspruches auf eine monatliche psychosoziale Betreuung in Form von Supervisions- und Reflexionsgespräch/-therapie durch geschulte Psychologen für Pflegekräfte. Weiterhin fordern wir ein Recht auf ein wöchentliches, rentenkassenfinanziertes Rückentraining und sonstige Vorsorge- und Schutzmaßnahmen gegen pflegeberuflich bedingte Skelett-Muskulatur-Erkrankungen. Das Budget der gesetzlichen Krankenversicherung für gesundheitsfördernde Maßnahmen ist entsprechend zu erhöhen. Zu guter Letzt fordern wir unangekündigte, nicht-anlassbezogene, engmaschige Kontrollen der Arbeitszeiten in Pflegebetrieben durch die Gewerbeaufsicht.